

## Ein Armutszeugnis - Kinderarmut in Niedersachsen

16. September 2019, AWO-Begegnungsstätte Braunschweig

Jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut betroffen. Armut im Kindesalter wirkt sich in vielerlei Hinsicht auf die Betroffenen aus. Sie sind nicht nur öfter von sozialen und kulturellen Aktivitäten ausgeschlossen, auch ihre Perspektiven sehen düsterer aus. Um das Thema Kinderarmut stärker in den öffentlichen Fokus zu rücken, veranstaltete das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich Ebert Stiftung in Kooperation mit dem AWO-Bezirksverband Braunschweig e.V. eine Podiumsdiskussion.



Rifat Fersahoglu-Weber und  
Urban Überschär

**Rifat Fersahoglu-Weber**, Vorstandsvorsitzender des AWO-Bezirksverbandes Braunschweig e.V. und **Urban Überschär**, Leiter des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich Ebert Stiftung, hießen die ca. 60 Anwesenden in der AWO-Begegnungsstätte willkommen

**Dr. Carola Reimann**, niedersächsische **Ministerin** für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, betonte in ihrer Einführung, welche große sozialpolitische Herausforderung Armutsbekämpfung darstellt. In Niedersachsen sei mit 1,7 Mio. Menschen ein Sechstel von Armut bedroht. Einen Handlungsansatz sieht sie darin, Eltern bei der Arbeitssuche zu unterstützen. Zudem verwies sie auf den erhöhten Kinderzuschlag durch das Bildungs- und Teilhabepaket. Auf Bundesebene ist sie federführend zuständig in der Arbeitsgruppe, die sich mit der Einführung der Kindergrundsicherung (KGS) befasst. Dieses Instrument sieht die Ministerin als geeignete Maßnahme um die Chancen auf Selbstentfaltung und Teilhabe zu erhöhen damit die Kinder später unabhängig von staatlicher Unterstützung leben



Dr. Carola Reimann

können. Vorgesehen sei, dass eine Kindergrundsicherung verschiedene bisherige Leistungen zusammenfasst.



Evelyn Sthamer

**Evelyn Sthamer**, vom Referat Armut des ISS Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., Frankfurt, hob die weitreichenden Folgen von Armut hervor. So schränke Armut materiell, sozial, kulturell und gesundheitlich ein. Im Rahmen ihrer Forschung stellte sie zudem eine „hohe Wahrscheinlichkeit von Beständigkeit“ fest. Die Folgen seien tiefgreifend und komplex. Um Kinderarmut und die Folgen wirkungsvoll zu bekämpfen müsse man auch die Eltern unterstützen und Präventionsketten aktivieren. Wenn es gelinge, Armut bereits frühzeitig zu überwinden, sei diese später kaum noch nachweisbar.

Nach den zwei Vorträgen eröffnete die Moderatorin **Cosima Schmitt** die Podiumsdiskussion. **Dirk Bitterberg**, stellv. Vorstandsvorsitzender und Leiter des Geschäftsfeldes Familie und Soziale Dienste des AWO Bezirksverbandes Braunschweig e.V. machte die Erfahrung, dass mangelnder gesellschaftlicher Konsens und mangelnde Infrastruktur eine Bekämpfung erschwerten. Denn dort, wo man in Braunschweig (also als kommunaler Akteur) von höheren Ebenen abhängig sei, könne nicht jeder Wille umgesetzt werden. Das macht sich u.a. beim angesprochenen Fachkräftemangel bemerkbar. Das beziehe sich sowohl auf den Bereich der Sozialarbeit in benachteiligten Stadtteilen als auch in Kitas. Auch Evelyn Sthamer sprach sich dafür aus, Familienzentren zu unterstützen. Gerade an sogenannten Brennpunkten müsse man gezielt investieren. Die Arbeit und Projekte kommunaler Initiativen und Bündnisse wie z.B. Straßenfeste lobten die Anwesenden einstimmig. Die Beteiligten waren sich ferner einig über die herausragende Bedeutung von Kindertagesstätten. Diese seien der zentrale Ort zur Vermittlung von Selbstbewusstsein und der Förderung von Demokratie- und Partizipationsbildung. Mit Hilfe starker Bezugspersonen mache man Kinder mutiger und stärke deren Resilienz. Deswegen



müsse man die stetige Fortbildung und die Rahmendbedingungen für Erzieher\_innen sichern.

Als federführende Landesministerin konnte Carola Reimann zudem detaillierter über den aktuellen Stand bei der KGS berichten. Die Ministerin sprach sich für ein schrittweises

Vorgehen aus. Bisher seien mit Ausnahme von Bayern alle

Bundesländer dabei. Die Arbeitsgruppe favorisiere ein

Konzept, das nach Elterneinkommen differenziert und

den familiären Kontext berücksichtigt. Auch auf die

verschiedenen Bedürfnisse unter den Altersgruppen

müsse man bei Fragen der Höhe eingehen. Zudem

ergeben sich weitere Fragen wie etwa die nach der

Notwendigkeit eines Sockels oder allgemeine

fachpolitische Diskussionen zum Verwenden der Mittel.

Auch über das zur Verfügung stehende Volumen sei zu beraten.

Für all diese offenen Punkte wolle man noch zwei Jahre beraten.

Dirk Bitterberg machte abschließend deutlich, dass Ausgaben für die KGS „keine Unkosten sondern Sinnkosten“ seien.



v.l. Dirk Bitterberg, Urban Überschär, Cosima Schmitt, Carola Reimann, Evelyn Sthamer und Rifat Fersahoglu-Weber